



MPIfG Working Paper 10/1

Jens Beckert und Wolfgang Streeck (Hg.)

**Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des
Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung**

Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann
über die Signaturen einer Umbruchzeit

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Jens Beckert und Wolfgang Streeck (Hg.)

**Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für
Gesellschaftsforschung: Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die
Signaturen einer Umbruchzeit**

MPIfG Working Paper 10/1

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

February 2010

MPIfG Working Paper

ISSN 1864-4341 (Print)

ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2010 by the editor(s)

The editors are Directors at the Max Planck Institute for the Study of Societies.

beckert@mpifg.de, streeck@mpifg.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Inhalt

Vorwort	5
Einleitende Bemerkungen <i>Wolfgang Streeck</i>	7
Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung <i>Ariane Leendertz</i>	9
Die Gründung eines Max-Planck-Instituts: Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen – Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften <i>Reimar Lüst</i>	19
Zur pragmatischen Wende in der deutschen Soziologie <i>Franz-Xaver Kaufmann</i>	29
Literatur	33
Referentin und Referenten	34

Vorwort

Im akademischen Teil des Institutstags am 3. und 4. Dezember 2009, der dem 25-jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung gewidmet war, blickte das MPIfG auf seine Gründungsgeschichte. Nach kurzen einleitenden Bemerkungen von Prof. Wolfgang Streeck, seit 1995 Direktor am Institut, präsentierte Dr. Ariane Leendertz von der Ludwig-Maximilians-Universität München einige Ergebnisse ihrer mit Unterstützung des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG durchgeführten Untersuchung über die Entstehungsgeschichte des Instituts¹. Es folgten Kommentare von Prof. Reimar Lüst, seinerzeit Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, und Prof. Franz-Xaver Kaufmann, erster Fachbeiratsvorsitzender des MPIfG, sowie eine Diskussion im Plenum. Im Folgenden dokumentieren wir Einleitung, Vortrag und Kommentare.

Jens Beckert und Wolfgang Streeck

1 Ariane Leendertz: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010. S. auch S. 32 im vorliegenden Working Paper.

Einleitende Bemerkungen

Wolfgang Streeck

Ohne Kenntnis ihrer Problemgeschichte kann man die Sozialwissenschaften nicht verstehen und schon gar nicht betreiben. Die Probleme wiederum, mit denen sich die Sozialwissenschaften befasst haben und befassen, erschließen sich nur aus den Umständen und Ereignissen der Zeit. Diese aber sind alles andere als leicht zugänglich, weder für die Zeitgenossen selber noch für die Nachgeborenen. Umstände und Ereignisse haben viele Facetten, die verschiedenen Sichtweisen und Deutungen Platz lassen. Nicht alle, die etwas gesehen haben, haben immer auch dasselbe gesehen. Und was speziell Ereignisse angeht, so erscheinen sie uns oft überdeterminiert: ein und dasselbe Ereignis passt in verschiedene Geschichten und wird so auf verschiedene Weise in seiner Herkunft und Bedeutung erklärt.

Dazu, dies auszusortieren, gibt es Historiker. Historiker, wie Sozialwissenschaftler auch, sind Empiriker: Wahrheit ist für sie Korrespondenz mit methodisch inventarisierter Wirklichkeit. Anders als Sozialwissenschaftler aber wissen Historiker in der Regel genau, wo ihre Wirklichkeit zu finden ist: nämlich in den Archiven. *Quod non est in actis non est in mundo*¹ – das könnte als Leitsatz eines selbstbewussten geschichtswissenschaftlichen Positivismus gelten. Oder, als Paraphrase von Wittgenstein: Was in keinem Archiv zu finden ist, darüber muss man schweigen. Dass das Auffinden und Durchsuchen von Archiven eine Kunst ist, die man gelernt haben muss, um sie zu beherrschen, gibt dem Historiker überdies einen unschätzbaren Platzvorteil – oder doch häufig das beneidenswerte Gefühl, über einen privilegierten Zugang zur Wirklichkeit zu verfügen. Hinzu kommt, dass Archive dem, was der Historiker oder die Historikerin aus ihnen schließt, nicht widersprechen können: Sie sind stumm und müssen deshalb mit den Deutungen zufrieden sein, denen ihre Bestände von anderen unterzogen werden. Dem Historiker kann so nicht passieren, was dem Sozialwissenschaftler immer wieder zustößt: dass das Objekt seiner Forschung sich plötzlich als Subjekt zu erkennen gibt und auf seine eigene Theorie über das besteht, was man gerade wissenschaftlich über es herausgefunden zu haben glaubt.

Ganz gilt das jedoch nicht. Jene Teildisziplin der Geschichtswissenschaft, die sich Zeitgeschichte nennt, beginnt derzeit gerade damit, sich mit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu befassen. Von denen, die damals ihre Rolle gespielt haben, leben nun aber noch sehr viele, und wegen der allgemein wachsenden Lebenserwartung ist damit zu rechnen, dass das noch eine Weile der Fall sein wird – und immer mehr, je weiter die von der Zeitgeschichte als Territorium in Anspruch genommene Epoche durch Zeit und Geschichte nach vorne wandert. Hier gibt es nicht nur, oder noch nicht nur, stumme Archive, die der Fürsprache durch den Historiker bedürfen – sondern es gibt Zeitzeugen, die ihre eigene Erinnerung haben und überzeugt sind, dass sie, was

1 Was nicht in den Akten ist, existiert auch in der Welt nicht.

immer in den Archiven zu finden sein mag, besser verstehen können als jemand, der anders als sie nicht dabei war.

Umso mehr zu bewundern ist, wenn Historiker, statt uns etwa über die Türken vor Wien zu berichten, von denen keiner mehr überprüfen kann, was man heute in sie und ihre Hinterlassenschaften hineinliest, sich immer öfter auf Felder begeben, in denen das, was sie herausfinden, von denen, über die sie es herausfinden, bestritten werden kann. Als Politikwissenschaftler kann man da nur sagen: *Welcome to the club!* Unser ganz besonderes Willkommen gilt heute Dr. Ariane Leendertz, die sich gerne und mutig auf die an sie herangetragene Herausforderung eingelassen hat, uns als Zeithistorikerin verstehen zu helfen, woher wir kommen, damit wir besser wissen und entscheiden können, wohin wir gehen und gehen wollen. Ariane Leendertz wird uns einige der Ergebnisse ihrer Forschungen vortragen; wer mehr wissen will, möge ihr Buch lesen, das vor ein paar Tagen gerade rechtzeitig erschienen ist. Daran anschließend werden wir zwei Kommentare hören, den ersten von Prof. Reimar Lüst, von Hause aus Astrophysiker, der bis 1972, in sehr turbulenten Zeiten also, Vorsitzender des Wissenschaftsrats und dann, von 1972 bis 1984, dem Jahr, als das MPIfG seine Arbeit aufnahm, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft war – von wo er als Generaldirektor zur European Space Agency wechselte. Ihm folgt Prof. Franz-Xaver Kaufmann, von 1969 bis 1997 Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld und von 1988 bis 1997, zwei volle Amtsperioden lang, Vorsitzender des Fachbeirats unseres Instituts.

Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung

Ariane Leendertz

Ich möchte mit einem Zitat eines sehr berühmten deutschen Soziologen beginnen, mit einem Zitat von Niklas Luhmann. Der hat 1981 überaus treffend geschrieben: „Forscher, die man mit dem Auftrag, festzustellen, wie es wirklich war, ins Feld jagt, kommen nicht zurück; sie apportieren nicht, sie rapportieren nicht, sie bleiben stehen und schnuppern entzückt an den Details.“ (Luhmann 1981: 49)

Die Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Institute bietet tatsächlich mancherlei Gelegenheit und Notwendigkeit zum Stehenbleiben und Verweilen. Und der Auftrag, mit dem ich mich vergangenes Jahr auf den Weg machte, ist dem des Luhmann'schen Forschers doch sehr nah gekommen. Denn die Ausgangsfrage (aus Anlass des diesjährigen Jubiläums) lautete ganz einfach: „Warum sind wir eigentlich gegründet worden?“ Wie Sie sehen, konnte ich den Versuchungen der entzückenden Details einigermmaßen widerstehen und bin mit einem blau-grünen Bericht im Gepäck zurückgekehrt (Leendertz 2010)¹.

Warum also wurde das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung gegründet? Ich möchte diese Frage heute etwas umformulieren und nach dem historischen Ort des Instituts und seines Gründungsprogramms fragen. Die Max-Planck-Gesellschaft gründete das Institut 1984 *erstens* aus einer spezifischen Situation heraus, die ihre Spuren in dessen wissenschaftlichem Ansatz und Programm hinterlassen hat. *Zweitens* markierte das Programm eine Neuausrichtung in der Arbeit der Wissenschaftlerin, die es entworfen hat. Und *drittens* stand das Gründungsprogramm in einem Zusammenhang mit einer Reihe von Entwicklungen in Sozialwissenschaft und Soziologie im gesellschaftlichen Wandel der Siebziger- und Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts. Diesen drei Perspektiven möchte ich im Folgenden so weit nachgehen, wie es die Zeit erlaubt.

Das Gründungsprogramm

Am 1. Januar 1985 nahm das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln seine Arbeit auf. Sein Gründungsprogramm stammte von der ersten Direktorin des Instituts (und damals erst der zweiten Direktorin in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft), von Renate Mayntz. Das Institut sollte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung betreiben und langfristig einen Beitrag zu einer empirisch fundierten Gesellschaftstheorie leisten. Sein Gegenstand sollten hochentwickelte, komplexe Gegenwartsgesellschaften sein, die durch ein Spannungsverhältnis zwischen eigendyna-

1 Dieser Vortrag basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen dieser Studie.

mischen Prozessen und kollektiven Steuerungsversuchen gekennzeichnet waren. Die Forschungsprojekte sollten an zentralen Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, und zwar an solchen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten: an funktionellen Teilsystemen, an organisatorischen Netzwerken und an institutionellen Komplexen, etwa im Bereich des Gesundheitswesens, in Forschung und Wissenschaft oder in Politik und Verwaltung. Der besondere Forschungsansatz sollte also in der Kombination von Gesellschaftstheorie und empirischer Institutionenanalyse liegen. Über den Zugang der Institutionenanalyse sollte sowohl eine Verbindung von Mikro- und Makroebene als auch von Gesellschaftstheorie und empirischer Forschung gelingen. Gesellschaftstheoretische Anknüpfungspunkte, die einzeln genommen keine Erklärung mehr für die neuen Problemkonstellationen in den Industriegesellschaften des späten 20. Jahrhunderts bieten konnten, verortete Mayntz zuerst in den institutionellen und historischen Analysen Max Webers, in der soziologischen Systemtheorie, in der politikwissenschaftlichen Steuerungstheorie und im Umfeld der Modernisierungstheorie. Die Institutionenanalyse bediente sich sodann einer Reihe weiterer Ansätze, namentlich aus der Bildungs- und Wissenschaftssoziologie sowie aus der Verwaltungs- und Organisationsforschung. Da es Mayntz im Besonderen daran gelegen war, die sozialen und institutionellen Folgen der Technik zu erforschen, wollte sie neue Ansätze aus der Technik- und aus der Industriesoziologie aufgreifen, hier vor allem die Analyse integrierter soziotechnischer Systeme. Auch die Handlungsorientierungen und „cognitive maps“ individueller Akteure sollten einbezogen werden.

Wie viele ihrer Kollegen verwies Mayntz damals, Mitte der Achtzigerjahre, auf ein verbreitetes Krisengefühl in Wissenschaft und Gesellschaft, das jedoch in erster Linie einer subjektiven Wahrnehmung zu entspringen schien. Trotz aller politischen Steuerungsversuche gelinge es offenbar nicht, die Eigendynamik der Gegenwartsgesellschaften zu beherrschen, so ihre Diagnose; diese Einsicht führe zu wachsender Zukunftsunsicherheit in der Bevölkerung und kognitiver Unsicherheit unter den Sozialwissenschaftlern. Diese seien zuletzt immer wieder von unvorhergesehenen Entwicklungen überrascht worden, beispielsweise von der plötzlichen Technikfeindlichkeit oder dem Auftreten der Neuen Sozialen Bewegungen (Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm, September 1983, S. 3).

Kontext der Siebziger- und Achtzigerjahre

Woher kamen dieses von Mayntz angesprochene Krisengefühl und Zukunftsunsicherheit, welche Bedeutung hatten die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen? Im Verlauf der Siebzigerjahre ließen sich in vielen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft neuartige Problemstellungen und Problemdefinitionen beobachten, die sich von denen der Fünfziger- und Sechzigerjahre signifikant unterschieden. Lassen Sie mich hierzu einige Schlüsseldaten und Schlüsselereignisse in Erinnerung rufen.

Den frühen, medienwirksamen Auftakt für eine Reihe von Krisendiskursen in den Siebziger- und Achtzigerjahren bildete zweifelsohne der Bericht des *Club of Rome* über „Die Grenzen des Wachstums“. Der Bericht erschien 1972 gleichzeitig in zwölf Sprachen und erhielt 1973 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Mit wissenschaftlicher Beweisführung mahnten seine Autoren die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die Gefahren der Umweltverschmutzung. Seine breite Rezeption und öffentliche Diskussion können als Ausdruck einer ökologischen und fortschrittsskeptischen Bewusstseinswende in Öffentlichkeit und Politik in den Siebzigerjahren gelten.

Den Kassandrarufer des *Club of Rome* folgte der ökonomische Schock auf dem Fuße: Nur ein Jahr nach Erscheinen des Berichts wurde der Glaube an die Möglichkeit kontinuierlichen und krisenfreien Wirtschaftswachstums durch die erste Ölpreiskrise und ihre Folgen massiv erschüttert. Bereits im Frühjahr 1973 brach das internationale Währungssystem von Bretton Woods zusammen, das über mehr als zwei Jahrzehnte zur Stabilität der Nachkriegswirtschaftsordnung beigetragen hatte. Der exzeptionelle Boom gelangte an sein jähes Ende – ein Boom, der der Bundesrepublik seit Mitte der Fünfzigerjahre (bei Wachstumsraten von zeitweise mehr als 10 Prozent) Vollbeschäftigung und eine beispiellose Wohlstandsexplosion beschert hatte. Die autofreien Sonntage im November und Dezember des Jahres 1973 sowie das Tempolimit von 100 km/h auf den Autobahnen trafen der Deutschen liebstes Kind und brannten sich im kollektiven Gedächtnis der Bundesbürger ein. 1974 lag das Wirtschaftswachstum bei nur noch 0,1 Prozent, und 1975 schrumpfte die Wirtschaft sogar um 1,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote, die 1973 noch 1,2 Prozent betragen hatte, stieg 1974 auf 2,6 und 1975 auf 4,7 Prozent. Erstmals seit 1955 waren damit mehr als eine Million Menschen arbeitslos. Die Besserung der Jahre ab 1977 war nicht von Dauer. Nicht mehr konstantes, hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, sondern globale Konjunkturschwankungen, niedrigere Wachstumsraten, hohe Arbeitslosenquoten und steigende Staatsverschuldung prägten jetzt die Entwicklung der Bundesrepublik. Wissenschaftler und Politiker verhandelten über die Zukunft des Sozialstaats und die Rolle des Staates überhaupt.

Und schließlich war allenthalben von einem gesamtgesellschaftlichen Wertewandel die Rede, den viele mit einem Werteverfall gleichsetzten. Die außerparlamentarischen und Neuen Sozialen Bewegungen adressierten vor den etablierten Parteien neue Probleme und Herausforderungen. Zu den wichtigsten Bewegungen der Siebzigerjahre zählten die Umwelt-, die Anti-Atomkraft-, die Frauen- und die Friedensbewegung. Schätzungen besagen, dass 1979 ungefähr 1,8 Millionen Bundesbürger in außerparlamentarischen Bewegungen und Bürgerinitiativen aktiv waren. Das entsprach der Mitgliederzahl aller Parteien der Bundesrepublik. Die Neuen Sozialen Bewegungen standen für eine Politisierung einer breiteren Öffentlichkeit, die schon in den Sechzigerjahren begonnen hatte. Partizipationsforderungen, die Suche nach alternativen Lebensformen, zivilgesellschaftliches Engagement und der Protest gegen politische Entscheidungen des „Establishments“ sowie technische Groß- und Bauprojekte verflochten sich. Die Proteste

gegen den Bau eines Atomkraftwerkes im badischen Wyhl bildeten 1975 den Auftakt für eine Folge von Massendemonstrationen und, zu einem kleinen Teil, gewalttätiger Eskalationen. Auf Wyhl folgten bis Anfang der Achtzigerjahre – und die folgenden Namen sind Ihnen sicher aus der damaligen Tagesschau bekannt – die Auseinandersetzungen um Brokdorf, Kalkar, Gorleben, Wackersdorf und den Ausbau der Startbahn West. Die atomare Bedrohung kam, so die Wahrnehmung, zugleich von innen und von außen. Hunderttausende gingen wiederholt gegen den NATO-Doppelbeschluss auf die Straße, der nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 den Beginn des sogenannten zweiten Kalten Krieges markierte.

Parallel zu den alternativen Bewegungen und zur Neuen Linken formierte sich eine konservative Gegenbewegung, etwa um den 1970 gegründeten „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Die Rufe nach einer neoliberalen bis konservativen „Tendenzwende“ fanden erst in mehreren Wahlerfolgen der CDU auf Landesebene und schließlich mit dem bislang einzigen erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum des Deutschen Bundestages ihren politischen Niederschlag. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt und mit den Neuwahlen des Jahres 1983 in seinem Amt bestätigt. Im selben Jahr zogen die Grünen, die sich erst 1980 als Bundespartei konstituiert hatten, erstmals in den Bundestag ein. Im selben Jahr formierte sich außerdem die sogenannte dritte Generation der linksextremen Terrorvereinigung RAF. Anders als die friedlichen Alternativbewegungen war sie angetreten, die bürgerliche Gesellschaft und ihre demokratischen Institutionen im bewaffneten Kampf zu zerstören. Den traurigen Höhepunkt markierte das Jahr 1977 mit der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback, des Vorstandssprechers der Dresdner Bank Jürgen Ponto und des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer.

Als Geburtsstunde der RAF gilt übrigens die gewaltsame Befreiung von Andreas Baader im Mai 1970. Es mag wie ein Zufall anmuten und ist doch gleichermaßen ein Symptom des gesellschaftlichen Wandels in vielerlei Bereichen in jener Zeit: Ins selbe Jahr, 1970, fällt die Gründung des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Und hier, in der bayerischen Idylle am Starnberger See, beginnt die Vorgeschichte der Gründung des Kölner Instituts.

Starnberg

Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt wurde 1970 auf Vorschlag des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet und war von Anfang an umstritten. Die Gründung folgte aus dem ureigenen Auftrag der MPG, nämlich neue, auch riskante Forschungsfelder zu erschließen. Die Gründung vollzog sich nach dem „Harnack-Prinzip“ in seiner reinsten Form, das heißt, das Institut war komplett zugeschnitten auf von Weizsäcker und auf dessen individuelle Forschungsinteressen. Die Schließung des Instituts war schon bei

der Gründung eine Option und minimierte in den Augen des Senats der MPG das Risiko: Wenn das Experiment nicht funktionierte, konnte man es mit der Emeritierung von von Weizsäcker 1980 beenden.

Worin bestand dieses Experiment? Von Weizäckers Programm kratzte am Fortschrittsverständnis einer naturwissenschaftlich-technisch orientierten Wissenschaftsorganisation, für die Themen wie Frieden, Umwelt oder Kriegsverhütung ungewohntes Terrain darstellten. Von Weizsäcker hatte es sich auf die Fahnen geschrieben, dezidiert politikbezogene Forschung zu betreiben und mit Vorliebe politisch und gesellschaftlich kontroverse Themen aufzugreifen. Das Institut sah er als Teil einer pädagogischen Mission: Es sollte das Bewusstsein für die globalen Herausforderungen und Gefährdungen der Menschheit schärfen und somit zur Gestaltung einer besseren Zukunft beitragen. 1971 berief die MPG auf Vorschlag von von Weizsäcker Jürgen Habermas als zweiten Direktor. Das Institut umfasste zwei Arbeitsbereiche, wobei für uns hier der Arbeitsbereich von von Weizsäcker relevant ist. Dieser Arbeitsbereich I beschäftigte sich nämlich mit den Themen Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, Verteidigung und Strategie, Friedensforschung, Wissenschaftsforschung, Ökonomie der Entwicklungsländer, Umwelt und Wachstum sowie mit Grundlagen der Quantentheorie und philosophischen Fragen.

1975 wollten Habermas und von Weizsäcker das Institut um eine dritte, ökonomische Abteilung mit einem dritten Direktor erweitern. Der Antrag scheiterte jedoch 1976 in den MPG-Gremien. 1978 kam eine Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion zu der Empfehlung, dass man den Arbeitsbereich I schließen sollte, da es keinen adäquaten Nachfolger für von Weizsäcker gebe. Dafür sollte die MPG den Direktor der *London School of Economics* Ralf Dahrendorf als zweiten Direktor neben Jürgen Habermas berufen und das Institut in ein „Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften“ umstrukturieren. Habermas und Dahrendorf legten dazu ein gemeinsames Programm vor. 1979 lehnte Dahrendorf jedoch den Ruf der MPG ab, und Habermas ließ sich überreden, ein weiteres Konzept auszuarbeiten, nun mit dem Heidelberger Psychologen Franz Weinert und dem Heidelberger Soziologen Wolfgang Schluchter als weiteren Direktoren. Weinert sagte 1980 zu, Schluchter sagte ab, Weinert wurde berufen, aber bevor die Arbeit losgehen konnte, trat Habermas im April 1981 zurück. Weinert stand als Psychologe mit einem soziologischen Rumpfinstitut da, und es wurde dann für ihn das „MPI für psychologische Forschung“ in München neu gegründet. Das Starnberger Institut wurde aufgelöst.

Der Rücktritt von Jürgen Habermas und die unmittelbar folgende Institutsschließung markierten das Ende eines zähen und langwierigen Prozesses, der von hitzigen öffentlichen Debatten begleitet wurde und unter ständiger Beobachtung der Presse stand. Die geplante Berufung Ralf Dahrendorfs etwa provozierte Widerstand in Teilen des politisch konservativen Lagers, die eine Fortsetzung der Bonner sozialliberalen Koalition innerhalb der MPG drohen sahen. Hieran zeigte sich ein Problem, mit dem die Max-Planck-Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Starnberger Institut über viele Jahre konfrontiert war. Das Institut galt im Verständnis der Öffentlichkeit wie vieler seiner

Mitarbeiter als „linkes“ und „politisches“ Institut. Als politische Intellektuelle scheuten sich seine Direktoren nicht, in den öffentlichen Debatten und Meinungskämpfen der Siebzigerjahre Position zu beziehen und das Streitgespräch zu suchen. In den hitzigen, oft ins Ideologische abdriftenden Lagerkämpfen jener Zeit hatte das Starnberger Institut seinen festen Platz. Es spaltete in Befürworter und Gegner, und dies erschwerte eine unvoreingenommene Beurteilung seiner wissenschaftlichen Leistungen. Jede Struktur- und Personalentscheidung der MPG wurde de facto zu einer politischen Entscheidung. Der Beschluss, den Arbeitsbereich von von Weizsäcker zu schließen, rief denn auch einen Sturm der Entrüstung hervor. „Kritische“ Wissenschaftler, so der Verdacht bei vielen der Starnberg-Befürworter in Presse und Öffentlichkeit, sollten nun mundtot gemacht, „unbequeme“ Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Nicht allen erschien es plausibel, dass der umfassende Anspruch des Instituts in der Forschungspraxis nicht einzulösen war und dass die interdisziplinäre Breite viele der Wissenschaftler, die sich mit fachfremder Materie beschäftigten, überfordert und das Forschungsprogramm überfrachtet hatte. Die Gegner von Starnberg hingegen frohlockten über das Ende einer – wie sie meinten – neomarxistischen Kaderschmiede. Aus der Sicht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* beendete der Rücktritt von Habermas „eines der unrühmlichsten Kapitel in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“. „Mißverständnis, Rechthaberei, Naivität, Starrköpfigkeit, Politik und Eitelkeit haben selten so eng zusammengewirkt wie beim Untergang der von Carl Friedrich von Weizsäcker mit hohen Erwartungen 1970 gegründeten Forschungseinrichtung, die sich bis Mitte vergangenen Jahres noch ‚Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt‘ nannte“ (*Der Spiegel*, 4. Mai 1981). Soweit der Kommentar des *Spiegel*.

Die Schließung des Starnberger Instituts, das war nun 1981 allerdings die Ansicht in der Geisteswissenschaftlichen Sektion und an der Spitze der MPG, durfte nun auf keinen Fall *das Ende der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft* bedeuten. Die MPG musste der Öffentlichkeit und der Fachwissenschaft beweisen, dass sie bereit und in der Lage war, sozialwissenschaftliche Forschung zu betreiben. Die Geisteswissenschaftliche Sektion gründete eine Kommission, unter dem Vorsitz des Entwicklungspsychologen Paul Baltes, Direktor des MPI für Bildungsforschung in Berlin. Diese Kommission sollte Konzepte für ein neues sozialwissenschaftliches Institut erarbeiten. Nach der Schließung des Starnberger Instituts stand sie vor einer Reihe von Notwendigkeiten, die das Ergebnis der Debatten maßgeblich beeinflussten und die Ausrichtung des neuen Instituts in Teilen vorbestimmten: Die Probleme von Starnberg durften sich nicht wiederholen. Darüber hinaus spiegelten sich in den konzeptionellen Diskussionen der Kommission jene Umbrüche und Neuorientierungen wider, die die Entwicklung von Sozialwissenschaften und Soziologie in der Bundesrepublik seit Mitte der Siebzigerjahre prägten.

Zahlreiche Soziologen stellten damals die Frage, ob das Fach noch in der Lage war, die tief greifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse angemessen erfassen und mit den herkömmlichen Methoden einen Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit finden zu können. Viele Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik waren in den Siebzigerjahren Veränderungen unterworfen, deren neue Qualität beispielsweise im Analyserah-

men der „industriellen Gesellschaft“ oder mit der klassischen Modernisierungstheorie nicht mehr greifbar erschien. Mit dem gesellschaftlichen Wandel veränderte sich der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In den Jahren nach der Expansion des Faches und des Booms sozialwissenschaftlichen Expertenwissens setzte in der Profession in den Siebzigerjahren eine Phase der Selbstreflexion ein. Dabei ging es nicht allein um eine Suche nach neuen Theorien, Methoden und Ansätzen. Man konstatierte die „Politisierung“ der wissenschaftlichen Experten, deren Autorität durch fehlerhafte Prognosen und den Aufstieg von Gegenexperten zunehmend infrage gestellt wurde. Die öffentliche Skepsis gegenüber wissenschaftlichem und technischem Fortschritt fand ihre Entsprechung bei den Wissenschaftlern selbst. Die Umsetzung ihres Beratungswissens hatte nicht immer so funktioniert, wie sie es sich vorgestellt hatten, und die „Soziologisierung“ weiter Bereiche des öffentlichen Lebens hatte ihre Begriffe und Deutungen der Sphäre wissenschaftlicher Kontrolle entzogen. Wesentlich deutlicher als noch in den Sechzigerjahren befasste man sich nun mit den Defiziten des eigenen Faches und fragte nach den Möglichkeiten, mit denen man ihnen begegnen konnte. Auch Renate Mayntz tat dies damals.

Renate Mayntz

Sie gehörte zu den sechs auswärtigen Experten, die die Findungskommission der MPG 1983 einlud, um über die Konzepte zu diskutieren, die sie bis dahin erarbeitet hatte. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder sowie der übrigen fünf Experten schlug Mayntz dann als geeignete Direktorin des neuen Instituts vor. Auf Wunsch der Findungskommission skizzierte sie im Juli 1983 erstmals ihr Forschungsprogramm, das an die Vorarbeiten der Kommission anschloss.

In ihrem Programm manifestierte sich eine wissenschaftliche Neuorientierung, die sich seit dem Ende der Siebzigerjahre in Mayntz' Forschungen angedeutet hatte. Ihre Studien zur politischen Steuerung und zur Implementationsforschung führten Mayntz Anfang der Achtzigerjahre an die Grenzen der Policy-Forschung und an die Grenzen der Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens. Mayntz hatte zu jener wissenschaftlichen Beratungselite gehört, die sich ungefähr *ab Mitte der Sechzigerjahre* im Kontext der Reform- und Planungsprojekte der Bundesregierung formiert hatte. Nach der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) war es die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt (1969–1974), die sich eine umfassende Modernisierung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Renate Mayntz war zwischen 1966 und 1975 Mitglied des Bildungsrates, der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform und der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes gewesen. Sie war damit Teil einer, wie es der Soziologe Peter Wagner bezeichnet hat, „Diskurskoalition“ zwischen Sozialwissenschaftlern, Politikern und Spitzenbeamten, die politische Reformen und den Ausbau sowie die Optimierung eines steuernden und gestaltenden politisch-administrativen Systems eng miteinander verknüpfte (vgl. Wag-

ner 1990). In den Sechzigerjahren setzte sich in der Bundesrepublik nämlich die Überzeugung durch, dass „moderne“ und effektive Politik vorausschauende und planende Politik sein musste, die wissenschaftlicher Grundlagen und Prognosen bedurfte; auch, dass „Globalsteuerung“ sowie eine „integrierende Gesamtplanung“ und Koordinierung politischen und administrativen Handelns nicht nur notwendig, sondern aufgrund des verfügbaren Wissens auch möglich waren. Sozialwissenschaftler schienen die soziale Wirklichkeit objektiv erfassen und pragmatische Lösungen für gesellschaftliche und politische Probleme entwickeln zu können. Das politisch-administrative System sollte mithilfe wissenschaftlicher Expertise dazu fähig sein, effektiv zu planen, zu steuern und zu gestalten.

In der Praxis offenbarten sich allerdings bald Hindernisse: Viele Reformprogramme scheiterten oder blieben in der Phase ihrer Implementation stecken. Bei der Umsetzung politischer Steuerungsvorhaben stießen Mayntz und ihre Kollegen *bereits Anfang der Siebzigerjahre* auf Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel, die sie ihrerseits zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung machten. Zum Ende der Siebzigerjahre war Mayntz zu folgendem Schluss gekommen: Die Ursachen für Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel politischer Programme lagen nicht allein in den Eigenheiten, Rationalitäten und Komplexitäten des Policy-Prozesses selbst. Sie hatten ebenfalls mit der Beschaffenheit der „Problem- und Regelungsfelder“ sowie mit einem verfehlten Verständnis über den Charakter und die Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens zu tun. Das verfügbare sozialwissenschaftliche Wissen, so sah es Mayntz damals, umfasste lediglich Aussagen über einfache Kausalbeziehungen, nicht hingegen über komplexe Faktorenkombinationen (Mayntz 1978: 259–260, 1980: 312–313). Die modernen Gegenwartsgesellschaften der 1970er- und 1980er-Jahre zeichneten sich aber gerade durch eine ausgesprochene Komplexität ihrer Binnenstruktur aus, mit der wiederum erhebliche Dynamiken verbunden waren. Funktionale Differenzierung und Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren, zahllose Akteure und Handlungszentren, internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie die hohe Geschwindigkeit technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels machten Aussagen vom Typ „wenn A, dann B“ und damit verlässliche Prognosen über die Wirkungen politischer Maßnahmen unmöglich.

Mit der „fehlenden kognitiven Sicherheit“ – beispielsweise über die Ursachen des Terrorismus oder der Arbeitslosigkeit – verloren die Aussagen des Wissenschaftlers nicht nur in Renate Mayntz’ Augen ihren zwingenden Charakter und entsprechende politische Maßnahmen an Legitimität. Die „Regelungsfelder“ seien mittlerweile äußerst komplex, ihre Strukturen und funktionalen Interdependenzen seien immer mehr gewachsen, damit seien die „kognitiven Voraussetzungen“ zielsicherer Intervention gestiegen, schrieb Mayntz (1979: 69–71). Sollten politische Steuerung und Intervention in der modernen Gegenwartsgesellschaft funktionieren, dann musste man neue kognitive Sicherheiten gewinnen: nämlich Wissen über eine komplexe, dynamische Gesellschaft und die Eigenarten ihres politisch-administrativen Systems. Hier lagen die Wurzeln ihres Kölner Programms.

Am 9. März 1984 votierte der Senat der MPG einstimmig für die Berufung von Renate Mayntz und die Gründung eines Instituts auf der Grundlage ihres Programms. In ihrem Umgang mit den Sozialwissenschaften vollzog die MPG damit eine *pragmatische Wende*. Diese Wende zeigte sich am deutlichsten in der Abkehr vom holistischen Anspruch, der das Programm des Starnberger Instituts bis zur Emeritierung seines Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker geprägt hatte. Das Kölner Gründungsprogramm zeichnete sich durch einen präzise definierten inhaltlichen Fokus aus und betonte die Umsetzbarkeit in konkreten, zeitlich überschaubaren Forschungsprojekten. Die interdisziplinäre Breite von Starnberg wich einer Konzentration auf die Kerndisziplinen Soziologie und Politikwissenschaft. Renate Mayntz ließ sich überdies keinem politischen Lager zurechnen und äußerte nicht die Absicht, sich mit dem Institut in öffentliche Debatten und politische Kontroversen einzuschalten. Am 23. November 1984 erhielt das neue Institut den Namen „Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung“, und als Standort wurde Köln festgelegt.

Heute feiert dieses Institut, unter demselben Namen und am selben Ort, seinen 25. Geburtstag. Dazu möchte ich den vier Direktoren und den Mitarbeitern herzlich gratulieren.

Die Gründung eines Max-Planck-Instituts

Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen

Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften

Reimar Lüst

Mit Zögern bin ich heute hierher gekommen. Ist es wirklich angemessen, dass jemand hier zu Worte kommt, der doch ein Alter erreicht hat, bei dem man nicht ganz sicher ist, ob er sich richtig an das erinnert, was vor fünfundzwanzig Jahren passiert ist? Deshalb danke ich Herrn Streeck sehr, dass er mich nicht nur eingeladen hat, hier dabei zu sein, sondern mich auch überredet hat, etwas zur Entstehung der Geschichte des Institutes zu sagen. Es hat mich gezwungen, nicht nur mein Gedächtnis anzustrengen, sondern auch alte Akten und frühere Reden von mir anzuschauen, die mit der Entstehung der Idee für dieses Institut in Verbindung stehen könnten.

Ich bin so vorgegangen, dass ich zunächst aus meinem Gedächtnis das aufgeschrieben habe, was mit der Gründung dieses Instituts hier in Zusammenhang stehen konnte. Danach habe ich mich in das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin gesetzt und alle Protokolle der relevanten Sitzungen durchgesehen. Sie standen ja auch Frau Leendertz zur Verfügung, die sie jedoch sehr selektiv auswertete. Allerdings habe ich darauf verzichtet, das Archiv des *Spiegels* durchzuschauen, um das sich ja Frau Leendertz zur Aufhellung der Institutsgeschichte bemüht hat. Für sie war es wohl mit maßgebend, während ich es als nicht wissenschaftlich relevant ansah.

Jedes Max-Planck-Institut hat eine besondere Entstehungsgeschichte. Sie wird zum Teil verklärt oder verdichtet sich schließlich auch zu einem Mythos. Fast jedes Max-Planck-Institut erhebt zudem den Anspruch, dass gerade seine Entstehung für die MPG wichtig war. Dazu wird die Arbeit von Ariane Leendertz einen gewichtigen Beitrag leisten.

Dieser Vortrag hat als Überschrift: „Die Gründung eines Max-Planck-Instituts“ mit zwei Untertiteln. Der erste lautet: „Methoden und Prinzipien bei der Gründung eines Max-Planck-Instituts“. Der zweite lautet: „Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften“. Zunächst zum ersten einige Anmerkungen.

Grundsätze für die Institutsgründung

Insgesamt wurden während meiner zwölfjährigen Amtszeit zehn Institute gegründet, die letzte Gründung war das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Eine pragmatische Wende erfolgte damit nicht, sondern stets wurden zunächst neue, erfolgsversprechende Forschungsvorhaben diskutiert, aber immer war auch die Frage zu beantworten, ob dafür ein herausragender Forscher zur Verfügung steht. Nur dann konnte ein neues Institut gegründet werden. Aber es galt auch, dass bei einer Emeritierung des

Direktors geprüft wurde, ob die Forschungsrichtung fortgeführt werden sollte oder ob ein herausragender Forscher zur Neuberufung gewonnen werden konnte. War das nicht der Fall, so wurde das Institut oder die Abteilung geschlossen.

Nur in wenigen Fällen in der Geschichte der KWG und der MPG wurde das sogenannte „reine“ Harnack-Prinzip befolgt, bei dem allein der Name des Forschers im Vordergrund stand, für den ein Institut gegründet wurde, ohne dass bei der Gründung näher umrissen oder festgelegt wurde, wie der genaue Arbeitsbereich des Instituts aussehen sollte. Das galt zum Beispiel bei der Berufung von Albert Einstein nach Berlin, dem 1914 ein Kaiser-Wilhelm-Institut versprochen wurde, das schließlich 1917 gegründet wurde. Es existierte nur in der Form eines kleinen Arbeitszimmers im Dachgiebel seines Hauses in Berlin-Dahlem. Erst als Einstein im Jahre 1933 nicht nach Deutschland zurückkehrte, wurde ein großer Neubau für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Dahlem errichtet und der Nobelpreisträger Peter Debye als Direktor berufen. Aber Einstein war nicht der Einzige, für den nach diesem Prinzip ein Institut gegründet wurde.

Aus den geisteswissenschaftlichen Instituten sollte ich Hermann Heimpel nennen, für den 1956 das Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen gegründet wurde.

In neuerer Zeit ist es Carl Friedrich von Weizsäcker, für den das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlichen-technischen Welt 1969 in Starnberg gegründet wurde. Ihm blieb es überlassen, festzulegen, was und in welchem Umfang erforscht werden sollte. Es waren diese Fälle, die dann oft als Prototyp des Harnack-Prinzips angeführt wurden.

Die Satzungsreform

Ich habe diesem Vortrag noch einen zweiten Untertitel gegeben: „Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften“. Davon wird jetzt die Rede sein.

Wenn man die Entstehungsgeschichte dieses Institutes verfolgen will, so muss man nicht nur fünfundzwanzig Jahre zurückgehen, sondern zum Beginn der Siebzigerjahre. Das war für mich die Zeit, als ich zunächst durch den Wissenschaftsrat in die Wissenschaftspolitik hineingezogen wurde. Im November 1971 wurde ich, ein Astrophysiker, 48 Jahre alt, zum Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gewählt. Damals befand sich die MPG in heller Aufregung.

Es ging um die Frage der Mitbestimmung der Mitarbeiter in den Instituten und in der Max-Planck-Gesellschaft als Ganzes. Damit wurde ich zuerst konfrontiert. Aber schon die ersten Gespräche zeigten mir, dass auch die Rolle der Sozialwissenschaften in der MPG in und außerhalb der MPG kräftig diskutiert wurde. Der damals gerade ins Amt gekommene Forschungsminister, Klaus v. Dohnanyi, erläuterte mir in unserem ersten

Gespräch, dass er beabsichtige, eine Max-Weber-Gesellschaft für Sozialwissenschaften zu gründen, da die MPG wohl nicht bereit wäre, sich stärker in den Sozialwissenschaften zu engagieren.

Ich erläuterte ihm meine Skepsis, ob es wirklich sinnvoll wäre, eine Parallelgesellschaft zur MPG zu gründen, denn es gäbe ja in der MPG mindestens zwei Institute, die den Sozialwissenschaften nahe ständen und die anderen Institute der damaligen geisteswissenschaftlichen Sektion hätten doch auch einiges von Gewicht vorzuweisen. Aber ich selbst war ja Astrophysiker, völlig unerfahren in dem Bereich der Sozialwissenschaften.

Wie habe ich die Sozialwissenschaften kennengelernt? Zunächst waren es Begegnungen und Gespräche mit den in der politischen Öffentlichkeit stehenden Sozialwissenschaftlern, wie Ludwig von Friedeburg aus Frankfurt, Bildungsminister in Hessen, Peter von Oertzen, Hannover, Bildungsminister in Niedersachsen, Herrmann Lübke, damals noch Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen und Hans Maier, Staatsminister in München. Ihre wissenschaftlichen Qualitäten konnte ich natürlich nicht beurteilen, aber ihre Wissenschaft, so war mein Eindruck, war für sie die Ausgangsbasis, um politisch etwas zu bewegen. Das galt insbesondere für von Friedeburg und von Oertzen.

Nach meiner Wahl zum Präsidenten der MPG wurde ich noch vor meinem Amtsantritt mit den beiden Instituten in Berlin und Starnberg konfrontiert, die den Sozialwissenschaften zugeschrieben wurden. Auch das Berliner Institut für Bildungsforschung und das Starnberger Institut für die „Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich – technischen Welt“ wollten – wie die beiden genannten Politiker – nicht nur Wissenschaft betreiben, sondern politisch auch etwas bewirken. Wieweit dies auch ihre wissenschaftliche Arbeit trug, konnte ich noch nicht beurteilen. Aber von diesen beiden Instituten kamen die Hauptantriebskräfte in der Frage der Mitbestimmung.

Die Mitwirkung der Mitarbeiter konnte durch die Satzungsreform – allerdings nicht im Sinne der Mitarbeiter dieser beiden Institute – zu meinem Amtsantritt gelöst werden.

Neue Projektgruppen

Als ich die Arbeit als Präsident in der Max-Planck-Gesellschaft begann, konnte es ja nicht nur darum gehen, den Status quo zu halten, sondern es musste sichergestellt werden, dass auch immer wieder Neues in Angriff genommen werden konnte. Aus gutem Grund standen dabei auch immer die Sozialwissenschaften für mich im Fokus.

Allerdings war die Max-Planck-Gesellschaft in einer Situation, in der es keinen finanziellen Spielraum gab. Aufgrund der damaligen wirtschaftlichen Situation gab es keinerlei Zuwächse, selbst die Inflationsrate konnte oft nicht ausgeglichen werden. Der notwendige Spielraum für Neues konnte auch nicht allein durch Sparmaßnahmen erreicht

werden, den Spielraum konnten wir nur gewinnen, indem ganze Institute geschlossen wurden.

Als erstes war dies das Institut für Agrartechnik in Bad Kreuznach. Die drei dort beheimateten Bundestagsabgeordneten, es waren dies Elmar Pieroth von der CDU, später Wirtschaftssenator in Berlin, Conrad Ahlers von der SPD, Pressesprecher der Bundesregierung und Hans Friderichs, Bundeswirtschaftsminister von der FDP, waren über die Schließung nicht begeistert, wie sie mir in entsprechenden kräftigen Briefen mitteilten.

Aber nur so konnten wir neue Vorhaben in Angriff nehmen: wegen der angespannten Haushaltslage zunächst nicht durch Gründung eines neuen Instituts, sondern durch die Schaffung von Projektgruppen. Zwei davon waren aus meiner Sicht den Sozialwissenschaften nahe, sodass ich glaubte, dass wir damit auch eine erste Antwort auf die noch immer im Raum stehende Gründung der Max-Weber-Gesellschaft hatten.

Die beiden Projektgruppen waren die für internationales Sozialrecht, die andere für Psycholinguistik. Die dritte Projektgruppe gehörte zu den Naturwissenschaften, nämlich die Quantenoptik in Garching bei München.

Auch für die beiden Gründungen der Projektgruppen war es typisch, dass zunächst das Forschungsgebiet im Vordergrund stand. Der Vorschlag für das Sozialrecht kam von dem Präsidenten des Bundessozialgerichtes, Prof. Wannagat in Kassel. Er überzeugte zunächst die dafür eingesetzte Kommission, aber das Institut wäre nicht gegründet worden, wäre nicht Hans Zacher bereit gewesen, die Leitung zu übernehmen. Eine Schwierigkeit bestand darin, dass Hans Zacher nicht bereit war, München zu verlassen, wo er an der LMU seinen Lehrstuhl hatte. Die Länder weigerten sich zunächst, in Bayern ein weiteres Max-Planck-Institut anzusiedeln. Sie strebten an, dass das Institut in Kassel oder in Nordrhein-Westfalen seine Heimat finden sollte. Aber die MPG mit Hans Zacher konnte sich durchsetzen.

Ähnlich schwierig war es bei der Gründung der Projektgruppe Psycholinguistik. Hier kam die Anregung zur Gründung dieses Instituts aus der MPG vor allem von wissenschaftlichen Mitgliedern von den Instituten in Tübingen. Schließlich wurde Willem Levelt aus Nijmegen für die Leitung gefunden. Dieser wollte aber seine feste Bindung zur Universität Nijmegen behalten, während das Land Nordrhein-Westfalen das Institut unbedingt in seinem Land ansiedeln wollte. So wurde auf fast absurde Weise als Standort Kleve, eine kleine Stadt an der deutsch-holländischen Grenze, ernsthaft diskutiert. Aber die Vernunft setzte sich schließlich auch durch, so wurde nach dem Max-Planck-Institut in Rom zum ersten Mal ein Institut außerhalb der Bundesrepublik, in Holland, gegründet.

Aus den drei Projektgruppen sind noch in meiner Amtszeit Institute geworden. Weitere Projektgruppen wurden im medizinischen Bereich an Universitätskliniken etabliert, auf die ich aber hier nicht weiter eingehen möchte.

Die beiden sozialwissenschaftlichen Institute

Ich selbst bemühte mich darum, etwas mehr von den Sozialwissenschaften zu lernen. Zahlreiche Gespräche hatte ich mit Sozialwissenschaftlern wie Niklas Luhmann und vor allem mit Rainer Lepsius führen können, einer der Hauptpromotoren der Max-Weber-Gesellschaft.

Aber vor allem wollte ich die beiden Institute im Bereich der Sozialwissenschaften der Max-Planck-Gesellschaft, das Berliner Institut und das Starnberger Institut näher kennenlernen. Ich glaube, ich habe an allen Fachbeiratsitzungen teilgenommen. Von den beiden Fachbeiräten lernte ich viel, nicht nur in den Sitzungen, sondern mindestens ebenso viel in den Gesprächen am Rande der Sitzungen. So lernte ich im Fachbeirat des Berliner Instituts zahlreiche Sozialwissenschaftler kennen, wie Franz Weinert und Heinz Heckhausen. Diese bat ich auch um Vorschläge für Aktivitäten in der Max-Planck-Gesellschaft. Aber von besonderem Interesse war für mich das Starnberger Institut, das die stolze Telegrammadresse trug: Weltplanck. Die beiden Direktoren waren Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas.

Weizsäcker war für mich der letzte Universalgelehrte mit einem umfassenden Wissen in Natur- und Geisteswissenschaften. Er schlug 1970 die Berufung von Habermas als Direktor am Institut vor. Ich selbst habe damals als Senatsmitglied erlebt, wie heftig die Berufung von Habermas diskutiert wurde. Böse Zungen behaupteten damals, Weizsäcker habe Habermas auch deswegen berufen, um die totale Mitbestimmung am Institut – auch die Sekretärinnen diskutierten damals im Institut die Forschungsstrategie mit – wieder abzuschaffen. Zumindest erschien es mir so, wie ich das Institut damals kennenlernte, dass der Bereich Habermas straffer organisiert war, Habermas bestand auch auf eine organisatorische Trennung beider Bereiche. Auch für diese Abteilung stand allein der Name Habermas für das Programm.

Bei den Sitzungen des Fachbeirats lernte ich auch Frau Renate Mayntz-Trier kennen. Sie hatte damals den Vorsitz. Keine leichte Aufgabe bei den vielen unterschiedlichen Interessen des Instituts. Aber in sehr kluger Weise und am langen Zügel leitete sie die Diskussion. Ich verstand bei Weitem nicht alles. Denn als Naturwissenschaftler ging ich davon aus, dass auch bei den Sozialwissenschaften empirische Forschung getrieben werden sollte. Aber ich musste dabei auch feststellen, wie sehr Emotionen und Ideologien an diesem Institut eine Rolle spielten.

Aus den damaligen Diskussionen seien vielleicht nur zwei erwähnt. In den Diskussionen war immer wieder die Rede vom Spätkapitalismus als Epoche, in der wir gegenwärtig lebten. Meine Frage, in wieweit denn die Bezeichnung Spätkapitalismus empirisch belegt sei, rief nur Kopfschütteln hervor. Um diese Zeit erschien auch die Studie des Clubs of Rom, die damals sehr großes Aufsehen erregte. Ich hatte geglaubt, das wäre von besonderem Interesse des Instituts, aber man nahm kaum Notiz davon.

Als kleine Anmerkung: Das Berliner Institut war inzwischen in einem architektonisch sehr eindrucksvollen Gebäude untergebracht, während das Starnberger Institut in mehreren Provisorien nicht unter einem Dach arbeiten konnte. Deshalb hatte sich die Generalverwaltung bemüht, auch hierfür eine Lösung zu finden. Mir gelang es, den Vorsitzenden der Münchner Rückversicherung dazu zu bewegen, dass die Münchner Rückversicherung nicht nur ein Grundstück in Starnberg, sondern auch ein ganz neues Gebäude dem Institut zur Verfügung stellen würde, das das Institut anmieten konnte. Alles war vorbereitet, da suchten Habermas und Weizsäcker mich in München in meinem Büro auf und erläuterten mir, die Mitarbeiter wären nicht bereit, in ein Gebäude einzuziehen, das von einer kapitalistischen Gesellschaft finanziert sei. Und auch sie selber könnten es nicht ertragen, wenn eine entsprechende Notiz im *Spiegel* erschiene. So wurden die Pläne aufgegeben und das Institut blieb in seinen Provisorien.

MPI für Sozialwissenschaften

Nach der Etablierung der beiden Projektgruppen für Sozialrecht und für Psycholinguistik wurden die Diskussionen in der geisteswissenschaftlichen Sektion über die zukünftige Ausrichtung der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft im Jahre 1975 durch einen Antrag von Habermas und Weizsäcker intensiv fortgeführt. Die beiden schlugen vor, eine dritte Abteilung am Starnberger Institut einzurichten, die sich mit der Frage „Internationaler Ökonomie“ beschäftigen sollte. Für die Leitung dieser neuen Abteilung schlugen sie Lutz Hoffmann vor. Die hierfür eingesetzte Kommission hatte den Antrag nicht befürwortet mit der Begründung, dass dadurch die zentrifugalen Wirkungen im Institut verstärkt würden, da das schon weit gefächerte Forschungsprogramm durch eine dritte Abteilung noch umfangreicher würde.

Jedoch nahm die Senatskommission für Forschungsplanung die Anregung auf, gegebenenfalls eine Projektgruppe für „Internationale Ökonomie“ einzurichten, aber nicht mit dem von Habermas und Weizsäcker vorgeschlagenen Wissenschaftler an der Spitze.

Inzwischen war die Geisteswissenschaftliche Sektion gezwungen, sich noch viel umfangreicher mit der Thematik der Sozialwissenschaften zu beschäftigen, denn am Berliner Institut für Bildungsforschung standen die Emeritierungen von den drei Direktoren, Hellmut Becker, Friedrich Edding und Dietrich Goldschmidt, bevor und ebenso musste die zukünftige Ausrichtung des Starnberger Instituts nach der Emeritierung von Carl Friedrich von Weizsäcker geprüft werden.

Das Berliner Institut für Bildungsforschung war eine Besonderheit in der Max-Planck-Gesellschaft, denn es war ursprünglich nicht als MPI gegründet worden, sondern wurde nur von der Max-Planck-Gesellschaft betreut. Erst Ende der Sechzigerjahre, fast zeitgleich mit der Gründung des Starnberger Instituts wurde es als vollgültiges Institut in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen.

Die für die zukünftige Entwicklung dieses Instituts eingesetzte Kommission empfahl eine teilweise Neuausrichtung des Instituts und hierzu wurde Paul Baltes, ein Entwicklungspsychologe, als einer der neuen Direktoren berufen. Er übernahm nicht nur am Institut eine maßgebende Rolle, sondern engagierte sich recht bald auch in der Kommission, die die Zukunft des Starnberger Instituts zu behandeln hatte. Ihm ist es auch zu verdanken, dass die Umstrukturierung des Berliner Instituts mit den neu berufenen Direktoren, Paul Baltes, Ulrich Mayer und Martin Roeder sowie mit dem schon amtierenden Direktor Wolfgang Edelstein reibungslos vonstattenging. Umso komplizierter erwies sich die zukünftige Ausgestaltung des Starnberger Instituts. Die Empfehlung der dafür von der geisteswissenschaftlichen Sektion eingesetzten Kommission lautete:

1. Schließung des Arbeitsbereiches von Carl Friedrich von Weizsäcker
2. Das Institut soll als Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften fortgeführt werden und zukünftig die folgenden vier Arbeitsbereiche umfassen:
 - a) Mikro – und Makrosoziologie: Theorie der individuellen und der Gesellschaftsentwicklung unter der Leitung von Jürgen Habermas;
 - b) Politische Soziologie: Theorie der modernen Gesellschaft, Internationale Beziehungen unter der Leitung von Ralf Dahrendorf;
 - c) Politologie: Vergleich politischer Institutionen unter der Leitung von Wolfgang Schluchter;
 - d) Psychologie: Kognitivistische Entwicklungspsychologie unter der Leitung von Franz Weinert. Damit wären die Sozialwissenschaften im größeren Rahmen in der Max-Planck-Gesellschaft etabliert.

Die Schließung des Starnberger Instituts

Die Schließung des Arbeitsbereiches von Carl Friedrich von Weizsäcker und später des ganzen Starnberger Instituts war verständlicherweise in der Öffentlichkeit besonders aufsehenerregend. Schon bei der Gründung des Instituts wurde im Senat der Max-Planck-Gesellschaft hervorgehoben, dass dies eine Gründung speziell für eine Person sei und impliziere, dass bei der Emeritierung von von Weizsäcker eventuell auch geschlossen werden könnte. Man erwarte Loyalität, dass sich Weizsäcker einer Schließung nicht widersetze. Diese Feststellung wurde im Jahre 1968 getroffen, während die Schließung im Jahre 1980 erfolgte.

Für mich waren die Gespräche, die ich als Präsident mit Carl Friedrich von Weizsäcker zu führen hatte, die menschlich berührendsten, die ich je zu führen hatte. Denn ich war sein Doktorand und wurde durch ihn mit meiner Doktorarbeit zum Astrophysiker. Ihm habe ich meine wissenschaftliche Laufbahn mit zu verdanken, ja ich erhielt 1950 ein Stipendium aus seiner Privatschatulle.

Wegen der Schließung des Starnberger Instituts wurde ich von etlichen Seiten persönlich attackiert, ein Politiker, Senator in Hamburg warf mir vor, das Grundgesetz mit der dort garantierten Wissenschaftsfreiheit gebrochen zu haben.

Ich setzte dem auf der Hauptversammlung in Hannover im Jahre 1980 entgegen: „Die Max-Planck-Gesellschaft muss an dem Prinzip festhalten, dass wir auch vordringlich erscheinende Forschungsvorhaben nur dann fördern, wenn uns zu deren Durchführung und Leitung der besonders qualifizierte Wissenschaftler zur Verfügung steht. Wenn wir dann von manchen, denen diese Richtung nicht gefällt, als elitär und konservativ bezeichnet werden, so sollten wir dies mit Gelassenheit ertragen.“

Aber nicht nur rückblickend, sondern auch schon damals, konnte ich feststellen, dass die MPG davon keine erheblichen Kratzer bekommen hatte und auch nicht unter Druck geriet. Im Gegenteil, jene, auf die es ankam, zollten uns zusätzlichen Respekt, weil wir vielleicht als einzige Organisation in der Lage waren, ein Institut zu schließen und das auch durchzuhalten, um damit die Möglichkeit zu gewinnen, Neues zu beginnen.

Während der zwölf Jahre meiner Amtszeit wurden zwanzig Institute, Abteilungen und Forschungseinrichtungen geschlossen und dabei sechshundert Personalstellen freigegeben und neuen oder vorhandenen Instituten zugeordnet. Dabei wurden etwa über hundert Vorschläge für Neuvorhaben – darunter mehr als ein Dutzend aus den Sozialwissenschaften – überlegt, die an uns herangetragen worden waren oder auf Anstöße innerhalb der Gesellschaft beruhten.

Das so großartig konzipierte MPI für Sozialwissenschaften, das seinen Sitz in München haben sollte, nahm leider nie seine Arbeit auf. Ralf Dahrendorf, der fest zugesagt hatte, überlegte es sich anders und blieb in England. Schluchter nahm den an ihn ergangenen Ruf nicht an, um an der Universität Heidelberg seine Forschungsarbeiten fortzusetzen. Schließlich resignierte Habermas nach Auseinandersetzungen mit den Mitarbeitern aus der Abteilung Weizsäcker sowie nach einer schoflenen Behandlung durch die Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität, die ihm eine Honorarprofessur verweigerten. So musste das Starnberger Institut vollständig geschlossen werden.

Dem Präsidenten der MPG verblieb eine Aufgabe, die sicher einmalig war. Er musste für den verbliebenen Direktor, Franz Weinert, entscheiden, welches Institut er nun leiten sollte, denn in den Sommermonaten des Jahres 1981 tagten weder die Sektionen noch der Senat. So wurde durch die Entscheidung des Präsidenten das MPI für psychologische Forschung in München gegründet. Auf der im Herbst stattfindenden Sitzung wurde der Präsident von Juristen der Sektion beschuldigt, die Satzung der MPG verletzt zu haben. Dabei hatten die Juristen übersehen, dass dem Präsidenten durchaus das satzungsgemäße Recht zustand, unter zwingenden Notfällen eine Eilentscheidung zu treffen. Die Sektion berief dann als zweiten Direktor an das Max-Planck-Institut für Psychologie Heinz Heckhausen.

Das MPI für Gesellschaftsforschung

Die Sektion wurde nun erneut gezwungen, darüber zu beraten, wie und ob Sozialwissenschaften in der MPG gefördert werden könnten. Die dafür von der Sektion eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Paul Baltes diskutierte mehrere Konzepte.

In der Kommission kristallisierten sich drei Themenbereiche für drei Institute heraus. Ein Institut für Kulturvergleichende Forschung, ein Institut für vergleichende Sozialforschung und ein Institut für Institutionenanalyse.

Aber nur für das Forschungsgebiet Institutionenanalyse zeichnete sich recht bald ein überzeugender Name für die Leitung eines solchen Instituts ab. Das war Frau Renate Mayntz-Trier. Sie kannte ich ja schon, nicht nur durch ihre Zugehörigkeit zum Fachbeirat des Starnberger Instituts, sondern auch durch unsere gemeinsame Mitgliedschaft im Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die beiden anderen Vorschläge wurden zwar noch weiter in der Kommission diskutiert, aber letztlich nicht mehr mit Nachdruck verfolgt. Es war der Name Mayntz-Trier, der den Ausschlag gab, wobei zwei Bezeichnungen für das Institut erörtert wurden: Max-Planck-Institut für Institutionenforschung und Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Jedoch bevor die Beratungen in der Kommission und der Sektion abgeschlossen waren, zeichnete sich 1982 doch wegen der begrenzten Finanzmittel eine ernst zu nehmende Konkurrenz ab, nämlich ein MPI für Internationale Ökonomie. Für ein solches Institut oder Projektgruppe waren zwei überzeugende Namen genannt: H. Hesse aus Göttingen und R. König aus Mannheim. Im Senatsplanungsausschuss wurde auch dieses Vorhaben unterstützt und empfohlen.

So wurde es dem Senat zu Beginn des Jahres 1983 zur Entscheidung vorgelegt. Aber wegen der angespannten Haushaltslage – damals hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages der Max-Planck-Gesellschaft achtzig Planstellen gestrichen – abgelehnt.

Man kann es fast als ein Glück für dieses Institut bezeichnen, dass die Empfehlungen zur Gründung des MPI für Gesellschaftsforschung Ende 1982 noch nicht entscheidungsreif waren, sonst wäre sie wohl damals mit abgelehnt worden.

Schließlich Ende des Jahres 1983 waren die Empfehlungen der Kommission der geisteswissenschaftlichen Sektion so weit, dass dem Senat am 9. März 1984 eine Empfehlung zur Gründung eines MPI für Gesellschaftsforschung unter der Leitung von Mayntz-Trier vorgelegt werden konnte. Wie zwei Jahre zuvor, als dem Senat die Empfehlungen zur Gründung des Instituts für Polymerforschung vorgelegt worden waren, setzte ich

auch diese Empfehlung ohne pragmatische Wende und ohne traumatische Empfindung auf die Tagesordnung der Senatssitzung. Für mich war es die vorletzte Sitzung des Senats, die ich zu leiten hatte.

Ich hatte jedoch eine Sorge bei der Behandlung des Punktes dieser Tagesordnung. Denn zum ersten Mal nahm der ehemalige Bundeskanzler, Helmut Schmidt, als neu gewähltes Mitglied des Senats daran teil. Aus zahlreichen Diskussionen mit ihm wusste ich, dass er der Meinung war, die MPG sollte sich mehr auf die Naturwissenschaften konzentrieren, während er von den Sozialwissenschaften nicht völlig überzeugt war. So hatte er sich damals auch nicht gegen die Schließung von Starnberg gewandt, obwohl er Carl Friedrich von Weizsäcker sehr schätzte. Aber bei dem Tagespunkt zur Gründung des Instituts für Sozialwissenschaften unterbrach Helmut Schmidt sein Zeitungslesen und meldete sich zu Wort. Er habe Frau Mayntz-Trier zwar bisher nicht kennengelernt, sich jedoch kündigt gemacht und er könne es befürworten, dass man ihr auf Zeit die Freiheit einräumen sollte, ihren Forschungszielen nachzugehen. Über den Ausbau des Instituts sollte man – unter Berücksichtigung des dann Geleisteten – zu einem späteren Zeitpunkt befinden.

Der Senat beschloss dann doch einstimmig – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung – die Gründung des Max-Planck-Instituts für Forschungen auf dem Gebiet der Institutionenanalyse. Der Senat beschloss ferner in erster Lesung einstimmig die Berufung von Frau Professor Dr. Renate Mayntz, Köln, zum wissenschaftlichen Mitglied und zur Direktorin des Instituts. Die Bezeichnung des Instituts wurde als Arbeitstitel verstanden, die endgültige Festlegung soll in Abstimmung mit Frau Mayntz erfolgen.

Unmittelbar nach Ende der Sitzung rief ich Frau Mayntz-Trier, die damals in Kalifornien an der Stanford University arbeitete, an, um ihr das positive Ergebnis der Senatssitzung mitzuteilen. Ihre Stimme klang noch etwas verschlafen, denn in Kalifornien war es sechs Uhr morgens.

Zur pragmatischen Wende in der deutschen Soziologie

Franz-Xaver Kaufmann

„Das lange Ende von Starnberg“ und die Vorbereitung der Kölner Institutsgründung habe ich seinerzeit nur insoweit verfolgt, als darüber in der Presse berichtet wurde. Das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlichen und technischen Welt wurde von mir seinerzeit nicht als soziologisches Institut wahrgenommen. Auf dem Dortmunder Soziologentag von 1984 folgte ich fasziniert dem Vortrag von Renate Mayntz, aber ahnungslos, dass hier bereits das Programm eines MPI skizziert wurde. Insofern eigne ich mich nicht zum Kommentator der verdienstvollen Studie von Ariane Leendertz zur Entstehung des MPI für Gesellschaftsforschung, aus der ich viel über diese Zeit gelernt habe. Ich habe mich deshalb entschlossen, stattdessen einige Bemerkungen zur pragmatischen Wende in der deutschen Soziologie zu unserer Diskussion beizusteuern, was auch als Ergänzung zum zweiten Kapitel ihrer Studie zu lesen ist.

Vergleicht man die heutigen bebilderten und mehrfarbigen Berichte des Instituts mit den ästhetisch kargen Tätigkeitsberichten der ersten Jahre, so wird nicht nur der technische Fortschritt in der Text- und Bildverarbeitung sichtbar, sondern auch bewusst, wie sehr das Institut von Renate Mayntz damals in einer Pioniersituation stand. Umfassende institutionelle Analysen gesellschaftlicher Teilsysteme, wie sie in der ersten Arbeitsphase im Bereich der Telekommunikation, des Gesundheitswesens und der organisierten Großforschung unternommen wurden, stellten gleichermaßen eine gesellschaftstheoretische und methodische Innovation dar, für die es in der deutschen, aber soweit ich sehen kann, auch in der internationalen Soziologie keinerlei Vorbilder gab. Und erst recht gilt dies für das steuerungstheoretische Erkenntnisinteresse, für die Intention, staatliche Steuerungspotenziale angesichts der Eigendynamik der Akteurbeziehungen innerhalb der Teilsysteme auszuloten.

Ein solches Forschungsprogramm verstand sich zu Recht als empirische Sozialforschung, aber in einem ganz anderen Sinne, als der Begriff damals gebraucht wurde. Das wird am deutlichsten, wenn ich an den ursprünglichen Sinn des Begriffs Mehrebenenanalyse erinnere, wo es darum ging, aus der Aggregation von Individualdaten Kontextmerkmale zu generieren. Die empirische Sozialforschung blieb so sehr in den nach dem Kriege aus den Vereinigten Staaten importierten Methoden der Umfrageforschung befangen, dass, wenn ich mich richtig erinnere, René Königs „Handbuch der empirischen Sozialforschung“ nicht einmal ein Kapitel über den Nutzen und Gebrauch der amtlichen Statistik für soziologische Zwecke enthielt, geschweige denn über institutionelle Analysen.

Dass Organisationen als korporative, zudem sich durch Aktenproduktion laufend selbst dokumentierende Akteure eine eigenständige Emergenzebene sozialer Wirklichkeit darstellten, hat Renate Mayntz bereits früh vertreten. Als junger Professor an der Universität Bielefeld habe ich 1971 ein Forschungsprojekt „Finanzamt und Steuerzahler“ im

Rahmen des Förderprogramms „Verwaltungswissenschaften“ der Volkswagen-Stiftung eingeworben, das sich am Konzept der Organisations-Umweltbeziehungen orientierte. In diesem Zusammenhang bin ich erstmals Renate Mayntz und Fritz Scharpf begegnet, die zu den Anregern und Gutachtern des Förderprogramms gehörten. Unser Ansatz war damals durchaus neu, blieb aber auf der Organisationsebene. Dass das Handeln von und in Organisationen zudem in hohem Maße durch übergreifende Normen und Wissensformen, aber auch durch interorganisatorische Beziehungen – der Konkurrenz, des Wissenstransfers und der Verhandlungsarenen mitbestimmt wird, wird erst sichtbar, wenn man die institutionellen Zusammenhänge bestimmter kollektiver Handlungsfelder als eigenen Forschungsgegenstand nimmt. Das war die zentrale Innovation der am MPI für Gesellschaftsforschung betriebenen empirischen Sozialforschung, wobei der Einbezug der (inter-)organisatorischen und der Ebene individueller Akteure eine neue, den jeweiligen Ebenen sozialer Emergenz angemessenere Form der Mehrebenenanalyse ermöglichte.

Ariane Leendertz dokumentiert in ihrer Studie „die pragmatische Wende“ in den Sozialwissenschaften im Wesentlichen anhand der Politik der Max-Planck-Gesellschaft und skizziert auch deren breiteren Kontext im Wesentlichen aus der Perspektive der Gründungsgeschichte des MPI für Gesellschaftsforschung. Ich möchte diese Perspektive durch die folgenden Bemerkungen ergänzen, wobei deutlich werden dürfte, dass die pragmatische Wende der MPG, wenn sie denn stattgefunden haben sollte, keineswegs an der Spitze der Bewegung marschierte.

Auslösend für die pragmatische Wende in den deutschen Sozialwissenschaften war meines Erachtens das Programm einer „Politik der inneren Reform“ der Brandt-Regierung, das mit einer Prioritätenverschiebung politischer Interessen an den Sozialwissenschaften vom Bereich der „ordnungspolitisch“ orientierten Wirtschaftswissenschaften in denjenigen der Soziologie einherging; die damals noch stark auf das Problem der Demokratie fixierte Politikwissenschaft folgte erst später.¹ Die politischen Erwartungen an die Soziologie blieben zwar diffus, doch war ziemlich klar, dass die Hinwendung zur Problematik der Lebensqualität und mit ihr der sozialen Dienste genauere Kenntnisse über die Lebenslagen und Lebenserwartungen in der Bundesrepublik voraussetzte. Neben dem Programm einer Regierungs- und Verwaltungsreform, an dessen wissenschaftlicher Beratung sich Niklas Luhmann, Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf beteiligten, entstand unter der Leitung von Hans-Jürgen Krupp und Wolfgang Zapf an den Universitäten Frankfurt und Mannheim das SPES-Projekt und daraus hervorgehend der SFB 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“. Beide wollten vor allem die sozialstatistische Basis politischen Handelns verbessern, und zwar im Sinne der Vision von L. J. Stone eines zusammenhängenden Systems wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. Seitens der Bundesregierung wurde die Gründung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung gefördert. Überdies wurden größere Forschungsprogramme wie „Humanisierung des Arbeitslebens“, „Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt“

1 Hierzu ausführlich Geyer (2008).

oder zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht. Zur Förderung der Qualität der universitären empirischen Sozialforschung wurde das „Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen“ (ZUMA) eingerichtet, die Keimzelle des heutigen GESIS-Leibniz-Instituts.

Die Siebzigerjahre brachten einen erheblichen Professionalisierungsschub der Soziologie mit sich, der sich programmatisch zuerst in der Gründung der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld manifestierte. Diese Gründungsgeschichte ist vor allem deshalb von Interesse, weil sich hier ein Übergang vom marxistischen Verständnis kritischer Wissenschaftspraxis zu einem pragmatischen Verständnis von Gesellschaftskritik verfolgen lässt (vgl. zum Folgenden Bock 1995; Kaufmann 1995).

Helmut Schelsky hatte im Gründungskonzept für die Universität Bielefeld ein soziologisches Großinstitut als Einheit von Forschung und Lehre vorgesehen, das in der Folge wie die anderen konzipierten Großinstitute den Namen „Fakultät“ erhielt, und die zum Wintersemester 1969/70 ihre Pforten öffnete. Die Fakultät für Soziologie sollte einen „berufsbezogenen Diplomstudiengang“ anbieten, ein im Horizont von Schelskys Vorstellungen einer „theoretischen Universität“ wohl etwas opportunistischer Vorschlag, um den hohen Stellenwert der Soziologie im Gesamt der Reformuniversität plausibel zu machen. Der Vorschlag nahm aber gleichzeitig Diskussionen über den fachlichen Charakter der Soziologenausbildung auf und setzte gegen den damaligen Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Dahrendorf, Scheuch) die Perspektive einer Verberuflichung der Soziologie durch.

Was „Berufsbezogenheit“ allerdings konkret bedeuten sollte, blieb in der Programmphase der Universität völlig offen und materialisierte sich erst im Zuge der Ausarbeitung des Studienkonzeptes unter dem Stichwort „Praxisbezug des Soziologiestudiums“, und zwar in kontroverser Weise. Die Münsteraner Studenten der Gründergeneration befürchteten ein „technokratisches“, den herrschenden Verwertungsinteressen angepasstes Studienkonzept und setzten dagegen die Forderung einer „emanzipatorischen“ Studienpraxis. Joachim Matthes verstand Praxisbezug im Sinne einer reflektierten Praxis der Entwicklung interaktiver und methodischer Fähigkeiten in der Gestaltung des Lehrbetriebs, beispielsweise durch Abschaffung der frontalen Vorlesung und die Einrichtung von Lehrforschungsprojekten. Ich selbst interpretierte den Praxisbezug im Sinne eines Konzeptes „aktiver Professionalisierung“ als Aufgabe der Fakultät, sich selbst über aussichtsreiche Einsatzfelder von Soziologen Gedanken zu machen und im Rahmen von „Praxisschwerpunkten“ ein feldspezifisches Wissen in Forschung und Lehre zu erarbeiten. Im Hintergrund standen Erfahrungen, die ich während meines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an der Hochschule St. Gallen gemacht hatte, das ebenfalls eine Spezialisierung im Hinblick auf bestimmte Handlungsfelder vorsah. Neben Theorie und Methoden traten nunmehr die Praxisschwerpunkte (soziale Probleme und Problemintervention, Personal- und Organisationswesen, öffentliche Verwaltung, Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik, Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsplanung) ins Zentrum des Studienkonzeptes. Dabei sollten die Praxisschwerpunkte den

Gegenstandsbezug des Soziologiestudiums sicherstellen, was herkömmlicherweise von der Lehre der speziellen Soziologien erwartet worden war. Dieses Studienkonzept ist in der Folge auch für andere soziologische Studiengänge stilbildend geworden.

Im heutigen Zusammenhang interessieren nicht die Schwierigkeiten seiner Durchführung, sondern das Konzept selbst als Ausdruck der pragmatischen Wende der Soziologie. Es wurde hier der Soziologie zugemutet, reflexiv eine Vorstellung ihrer möglichen gesellschaftlichen Wirksamkeit zu konzipieren und im Hinblick darauf den Ausbildungsgang zu entwickeln. Dabei hätte klar sein müssen, dass eine solche Strategie nur als lernende aussichtsreich sein kann, ihre Durchführung also fortgesetzte Evaluationen und Anpassungsprozesse erfordert. Dazu allerdings waren die Lehrenden wie die Lernenden an der Bielefelder Fakultät mehrheitlich nicht bereit.

Das MPI für Gesellschaftsforschung ist einen Weg gegangen, den das Konzept der Praxischwerpunkte erfordert hätte. Seine Forschungen führen tief in die Erhellung tatsächlicher gesellschaftlicher Praxis hinein, in ihre Routinen, ihre Innovationen und ihre Deutungen. Sie erfüllen damit die Aufgabe einer Aufklärung der Gesellschaft beziehungsweise ihrer Teilsysteme über sich selbst. Eben dies ist ein Wissen, dessen es bei der Konzipierung eines auf neue Berufschancen für Soziologen gerichteten Studiengangs bedürfte. Ich selbst habe beim Aufbau des Studiengangs „Gesundheitswissenschaften und öffentliche Gesundheitsförderung“ (Public Health) an der Universität Bielefeld sehr von den Studien zur Entstehung des deutschen Gesundheitssystems profitiert, die unter der Leitung von Renate Mayntz entstanden sind.

Zwar handelt es sich bei diesem Wissen keinesfalls um unmittelbar handlungsanleitendes Wissen. Aber es erhellt die Geschichte, den institutionellen Kontext und die praktischen Zusammenhänge, in denen junge Sozialwissenschaftler ihren Platz finden sollen. Man könnte die Praxisrelevanz dieses Wissens im Sinne des Marx'schen Dictums aus der Deutschen Ideologie interpretieren: „Man muss diesen versteinerten Verhältnissen ihre Melodie vorsingen, dann fangen sie an zu tanzen.“ Der Sozialwissenschaftler betrachtet das Gegenwärtige nicht als unumstößlich, sondern als durch Konflikte und Entscheidungen Gewordenes und deshalb auch durch Konflikte und Entscheidungen Veränderbares. Es ist eine Aufgabe des Soziologen mit Bezug auf bestimmte Praxisfelder, die institutionelle Gemütlichkeit zu stören und auf Mängel und Nebenwirkungen aufmerksam zu machen. Sind die Verhältnisse einmal „zum Tanzen“ gebracht, werden solche Diagnosen also von den Handelnden ernst genommen, werden Veränderungen möglich, für deren Konzipierung der Soziologe aber keine grundsätzlich höhere Kompetenz besitzt als andere beteiligte Akteure.

Literatur

- Bock, Klaus Dieter, 1995: Der Diplomstudiengang Soziologie zwischen Einheit und Differenzierung. In: Franz-Xaver Kaufmann/Rüdiger Korff (Hg.), *Soziologie in Bielefeld: Ein Rückblick nach 25 Jahren*. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, 182–198.
- Geyer, Martin H., 2008: Der „vermessene Sozialstaat“. In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 6: 1974–1982. Baden-Baden: Nomos, 182–231.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1995: Die Institutionalisierung der Fakultät für Soziologie. In: Franz-Xaver Kaufmann/Rüdiger Korff (Hg.), *Soziologie in Bielefeld: Ein Rückblick nach 25 Jahren*. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, 12–37.
- Leendertz, Ariane, 2010: *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Luhmann, Niklas, 1981: Ideengeschichten in soziologischer Perspektive. In: Joachim Matthes (Hg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980*. Frankfurt a. M.: Campus, 49–61.
- Mayntz, Renate, 1978: Folgerungen für die Forschung auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. In: Stephen J. Fitzsimmons/Rudolf Wildenmann/Kenneth J. Arrow (Hg.), *Zukunftsorientierte Planung und Forschung für die 80er Jahre: Deutsche und amerikanische Erfahrungen im Bereich der Erziehungs-, Wohnungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits-, Energie- und Umweltpolitik*. Königstein/Ts.: Athenäum, 258–263.
- , 1979: Regulative Politik in der Krise? In: Joachim Matthes (Hg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages 1979 in Berlin*. Frankfurt a. M.: Campus, 55–81.
- , 1980: Soziologisches Wissen und politisches Handeln. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6, 309–320.
- , 1983: Skizze eines Forschungsprogramms für ein sozialwissenschaftliches Institut, das die gesellschaftliche und die institutionelle Analyseebene miteinander verbindet, 5. Juli 1983. Archiv MPG (Berlin), II. Abt., Rep. 1A, Geisteswissenschaftliche Sektion: Kommission Sozialwissenschaften 1a.
- , 1984: Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung, September 1983. Archiv MPG (Berlin), II. Abt., Rep. 1A, Senat: Protokolle, 107. SP/DB, 9. März 1984.
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: Forschungsprogramm, o.D. [Anfang 1985]. Privatunterlagen Renate Mayntz.
- Wagner, Peter, 1990: *Sozialwissenschaften und Staat: Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*. Frankfurt a. M.: Campus.

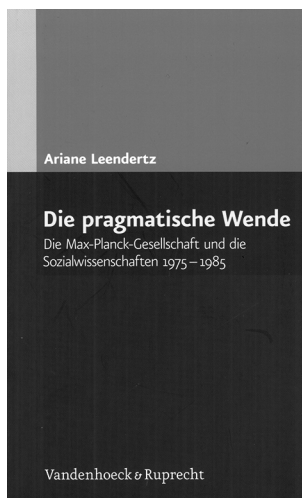
Referentin und Referenten

Franz-Xaver Kaufmann, Prof. Dr. oec. DDr. h.c., Soziologe, geb. 1932 in Zürich, war seit der Gründung der Universität Bielefeld im Jahr 1969 Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der dortigen Fakultät für Soziologie. Seit Herbst 1997 ist er Emeritus, seit 2008 lebt er in Bonn. Von 1988 bis 1997 war er Vorsitzender des Fachbeirats des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

Ariane Leendertz, Dr. phil., Historikerin, geb. 1976 in Hamburg, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Amerika-Institut der Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Reimar Lüst, Prof. Dr. rer. nat., Dr. h. c. mult., Astrophysiker, geb. 1923 in Wuppertal-Barmen, ist seit 1992 Professor an der Universität Hamburg. Er ist seit 1999 Chairman, seit 2005 Honorary Chairman of the Board of Governors an der International University Bremen (Jacobs University Bremen). Er war Direktor des Max-Planck-Instituts für extraterrestrische Physik in Garching bei München (1963 bis 1972), Vorsitzender des Wissenschaftsrates (1969 bis 1972), Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (1972 bis 1984), Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation (1984 bis 1990) und Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung (1989 bis 1999).

Wolfgang Streeck, Prof. Dr. Dr. h.c., Soziologe, geb. 1946 in Lengerich, ist seit 1995 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und seit 1999 Professor für Soziologie an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität zu Köln. Von 1988 bis 1995 war er Professor für Soziologie und Industrielle Beziehungen an der University of Wisconsin-Madison, USA.



Ariane Leendertz

Die pragmatische Wende

Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010
176 Seiten | ISBN 978-3-525-36788-9 | € 19,90

1984 gründete die Max-Planck-Gesellschaft ein neues sozialwissenschaftliches Institut, das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, geleitet von Renate Mayntz. Die Neugründung war die Antwort auf ein gescheitertes Experiment, auf das sich die MPG vierzehn Jahre zuvor eingelassen hatte.

1970 hatte das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg seine Arbeit aufgenommen. Seine Direktoren waren Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas. Das Institut befasste sich bevorzugt mit politisch brisanten Themen, es galt als links, es politisierte und es polarisierte.

Als die Forschungen von Weizsäckers 1980 nicht weitergeführt werden sollten, ging ein Aufschrei durch den links-alternativen Teil der Republik. Die Berufung des renommierten Leiters der London School of Economics Ralf Dahrendorf gelang nicht, und der Rücktritt von Jürgen Habermas besiegelte 1981 das endgültige Ende des Starnberger Unternehmens.

Der Ruf der MPG und ihres Präsidenten Reimar Lüst hatte gelitten, die Traditionsgesellschaft stand unter Zugzwang. Das Ende des Starnberger Instituts durfte nicht das Ende der Sozialwissenschaften in der MPG bedeuten. Das neue Institut musste erfolgreich sein und alle Fehler von Starnberg vermeiden.

Ariane Leendertz zeichnet die Diskussionen und Entscheidungen nach, die zur Starnberger Schließung sowie zur Kölner Neugründung führten. Die Debatten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft stellt sie in den breiteren Kontext des gesellschaftlich-politischen Klimas sowie der Entwicklungen in Sozialwissenschaften und Soziologie der 1970er- und frühen 1980er-Jahre.

In jenen Jahren „nach dem Boom“ veränderte sich die bundesdeutsche Gesellschaft derart schnell und tief greifend, dass dies in den Sozialwissenschaften zu einer Reihe von Krisendiskursen und Neuorientierungen führte. Diese schlugen sich maßgeblich im Gründungsprogramm des MPI für Gesellschaftsforschung nieder.

Dr. Ariane Leendertz ist Historikerin an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Inhalt

Einleitung

I. Das lange Ende von Starnberg

Der Name als Programm
Die Zukunft des Instituts
Gastspiel Dahrendorf
Versuchter Neuanfang
Rücktritt Habermas

II. Sozialwissenschaften „nach dem Boom“

Die Krise der Soziologie
Signaturen einer Umbruchzeit
Selbstverständnisse vor dem Ende des Booms
Kritik und Zweifel im gesellschaftlichen Wandel
Die Relativierung sozialwissenschaftlichen Wissens

III. Der Weg nach Köln

Die Kommission
Ideen und Konzepte
Auswärtige Fachkompetenz
Renate Mayntz und die Komplexitätsfrage
Den Tiger reiten

Zusammenfassung <www.mpifg.de/pu/doks/leendertz_zusammenfassung.pdf>

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

- DP 10/1
T. ten Brink
Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus
- DP 09/8
W. Streeck
Institutions in History: Bringing Capitalism Back In
- DP 09/7
M. Höpner, A. Petring, D. Seikel, B. Werner
Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme von zweieinhalb Dekaden marktschaffender Politik in entwickelten Industrieländern
- DP 09/6
B. Harrington
Trust and Estate Planning: The Emergence of a Profession and Its Contribution to Socio-Economic Inequality
- DP 09/5
J. S. Ahlquist, C. Breunig
Country Clustering in Comparative Political Economy
- DP 09/4
H. Callaghan
Constrain-Thy-Neighbor Effects as a Determinant of Transnational Interest Group Cohesion
- DP 09/3
D. Stark, B. Vedres
Opening Closure: Intercohesion and Entrepreneurial Dynamics in Business Groups

MPIfG Working Papers

- WP 10/2
M. Höpner
Warum betreibt der Europäische Gerichtshof Rechtsfortbildung? Die Politisierungshypothese
- WP 10/1
J. Beckert, W. Streeck (Hg.)
Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung
Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die Signaturen einer Umbruchzeit
- WP 09/16
B. Dankbaar, G. Vissers
Of Knowledge and Work
- WP 09/15
S. Mitchell, W. Streeck
Complex, Historical, Self-reflexive: Expect the Unexpected!
- WP 09/14
G. Piotti
German Companies Engaging in China: Decision-Making Processes at Home and Management Practices in Chinese Subsidiaries
- WP 09/13
W. Streeck
Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction

MPIfG Books

- J. Beckert, C. Deutschmann (Hg.)
Wirtschaftssoziologie
VS-Verlag, 2009
- S. Freye
Führungswechsel: Die Wirtschaftselite und das Ende der Deutschland AG
Campus, 2009
- C. Crouch/H. Voelzkow
Innovation in Local Economies: Germany in Comparative Context
Oxford University Press, 2009
- B. Rehder, T. von Winter, U. Willems (Hg.)
Interessenvermittlung in Politikfeldern: Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung
VS-Verlag, 2009
- K. van Kersbergen, P. Manow (eds.)
Religion, Class Coalitions, and Welfare States
Cambridge University Press, 2009
- C. Trampusch
Der erschöpfte Sozialstaat: Transformation eines Politikfeldes
Campus, 2009
- M. Busemeyer
Wandel trotz Reformstau: Die Politik der beruflichen Bildung seit 1970
Campus, 2009

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

